

Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion die Linke

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Drs. 19/1709 – **Europa sichern – Autoritären Tendenzen entgegenreten**

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Europa sichern – Autoritären Tendenzen entgegenreten

Berlin bekennt sich mit seiner Landesverfassung zu einem geeinten Europa. Als Stadt der Freiheit versteht sich Berlin als europäische Stadt und ist Europa auf besondere Weise verbunden. Wir streben gemeinsam mit den europäischen Partnern die Stärkung Europas an. Das Abgeordnetenhaus von Berlin sieht sich daher folgenden Zielen verpflichtet:

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich mit voller Überzeugung zur Europäischen Union als Staatenverbund für das Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent. Das Abgeordnetenhaus erkennt an, dass die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels dieses Zusammenleben zerstören, wenn der Green Deal nicht umgesetzt und sozial weiterentwickelt wird. Reiche und Superreiche müssen einen Beitrag leisten, der ihrem 14-fach höherem CO₂-Fußabdruck entspricht.

2. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich zu seiner Verantwortung die Prinzipien von Frieden, Verständigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in die Zukunft weiterzutragen sowie bei den Berlinerinnen und Berlinern zu fördern und setzt sich dafür ein, dass Europa eine wahrhaftige Wertegemeinschaft wird nach innen (in der Minderheiten-, Antidiskriminierungs- und Sozialpolitik) als auch nach außen mit einer humanitären Flüchtlingspolitik. Abschottung und das Sterben im Mittelmeer müssen gemeinsam beendet werden.

3. Die Mindestlohnrichtlinie der EU ist eine soziale Errungenschaft, die maßgeblich zu sozialer Sicherheit in der EU beitragen kann. Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat daher auf, eigene Initiativen zur Erhöhung des Mindestlohns auf das in die Richtlinie vorgesehene Niveau von 15 € und zur Stärkung der Tarifbindung (Ziel sind 80% der Beschäftigten, die von Tarifverträgen geschützt sind) im Land Berlin zu ergreifen.

4. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist fest davon überzeugt, dass es die Mitgliedstaaten der EU vor allem durch enge Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union schaffen, die geopolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Deshalb fordern wir, dass es zukünftig qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Rat gibt. Die EU darf nicht weiterhin von Autokraten wie Viktor Orbán in ihren Entscheidungen blockiert werden. Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert, dass es nach der Wahl keine Bündnisse demokratischer Parteien mit den italienischen Postfaschisten, den französischen Faschisten oder anderen rechten Parteien gibt.

5. Das Land Berlin bekennt sich zu dem Ziel, die europäische Einigung zum Nutzen ihrer Bürgerinnen oder Bürger über den Bundesrat sowie den Ausschuss der Regionen und andere europäische Gremien und Netzwerke mitzugestalten.

6. Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen künftiger Vertragsrevisionen für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments, für die Sicherung der Mitwirkungsrechte der Länder über den Bundesrat, für eine Stärkung des Ausschusses der Regionen und für einen Ausbau direktdemokratischer Elemente, wie der Europäischen Bürgerinitiative einzusetzen. Ziel ist, die demokratische Rückbindung der Europäischen Union an die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern.

7. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist besorgt über die derzeit wahrnehmbare Zunahme autoritärer und europafeindlicher Strömungen in der Europäischen Union sowie über das zunehmende Ausmaß einer entsprechenden Einflussnahme auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die demokratisch gewählten Institutionen der EU. Das Abgeordnetenhaus unterstützt daher alle Berlinerinnen und Berliner mit konkreten Maßnahmen, sich über die Mechanismen von Desinformation zu informieren und ermutigt sie, Nachrichten aus vertrauenswürdigen Quellen zu beziehen.

8. Das Abgeordnetenhaus von Berlin stellt fest, dass die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren ein großer Erfolg gewesen ist, der Berlin auch geografisch in das Herz der Europäischen Union gerückt hat. Vor diesem Hintergrund ist das Abgeordnetenhaus von Berlin überzeugt, dass weitere Erweiterungen der EU im Interesse der Stadt und der EU sind. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekräftigt, dass jedes europäische Land, welches die Werte und Ideale der Europäischen Union und damit auch den europäischen Gedanken teilt, unbeeinflusst von Dritten die Möglichkeit haben muss, eine Partnerschaft oder eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anzustreben. Deshalb unterstützt Berlin Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und bekennt sich zum Beitritt der Balkan-Staaten in die EU.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin appelliert an alle in Berlin wahlberechtigten EU-Bürgerinnen und Bürger, am 9. Juni 2024 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit die demokratischen Institutionen in der EU zu stärken.

Berlin, den 4. Juni 2024

Jarasch Graf Kahlefeld
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke